

Gießener Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

Nr. 11/50. Jahrgang

November 2019

Schutzgebühr: 0,40 €

Fernwärme: SWG missbrauchen Monopolstellung zur Abzockerei

Die Gießener Stadtwerke (SWG) erhöhen die Preise für Fernwärme, die Mittelhessischen Wasserbetriebe (MWB) die Gebühren für Abwasser. Warum? Ganz einfach: Weil sie es können! Beide sind auf dem entsprechenden Gebiet Monopolisten. Wer

sich einmal für Fernwärme entschieden hat, ist auf seinen Anbieter angewiesen. Die einzige Alternative wäre der Einbau einer eigenen Heizung, was sehr aufwändig und oft gar nicht möglich wäre. Fernwärme ist sehr praktisch, die Bezieher brauchen sich um nichts anderes zu kümmern als das Einstellen der gewünschten Raumtemperatur. Fernwärme ist auch eine der ökologischsten Heizmethoden, sie wird meist mit Kraft-Wärme-Kopplung (Kombination von Strom- und Wärme-Produktion) mit hohem Wirkungsgrad erzeugt und führt zu weniger CO₂-Ausstoß als fast alle anderen Wärmequellen. Deswegen wäre es wün-

schenswert, wenn sie für die Abnehmer auch finanziell attraktiv wäre, was aber nicht der Fall ist. Durch ihre Preispolitik schrecken die Stadtwerke mögliche neue Kunden ab. Nötig wäre das nicht. Die SWG macht gute Gewinne und führt fast jährlich hohe Beträge an die Stadtkasse ab. Für ihre Preisgestaltung gibt es keine demokratisch legitimierte Kontrolle. Ähnlich ist es bei den Wasserbetrieben. Dieser Bereich wurde vor einigen Jahren aus den Stadtwerken ausgegliedert, um der Preiskontrolle durch das Kartellamt zu entgehen und die

(Fortsetzung auf Seite 3)

Inhalt:

CO ₂ weltweit/Klimapaket/46ers	S. 2
Gegen §§ 218+219a/Wohngeld	S. 3
Mit.Bus/Hongkong/B. Ramelow	S. 4
Über Terroristen/Friedensnobelpreis	S. 5
Rechter Terror/Reichspogromnacht	S. 6
Die DDR lebt weiter/Leserbriefe	S. 7
Termine/Syrien-Krieg der Türkei	S. 8



'Gießen2035' - eine Luftnummer?

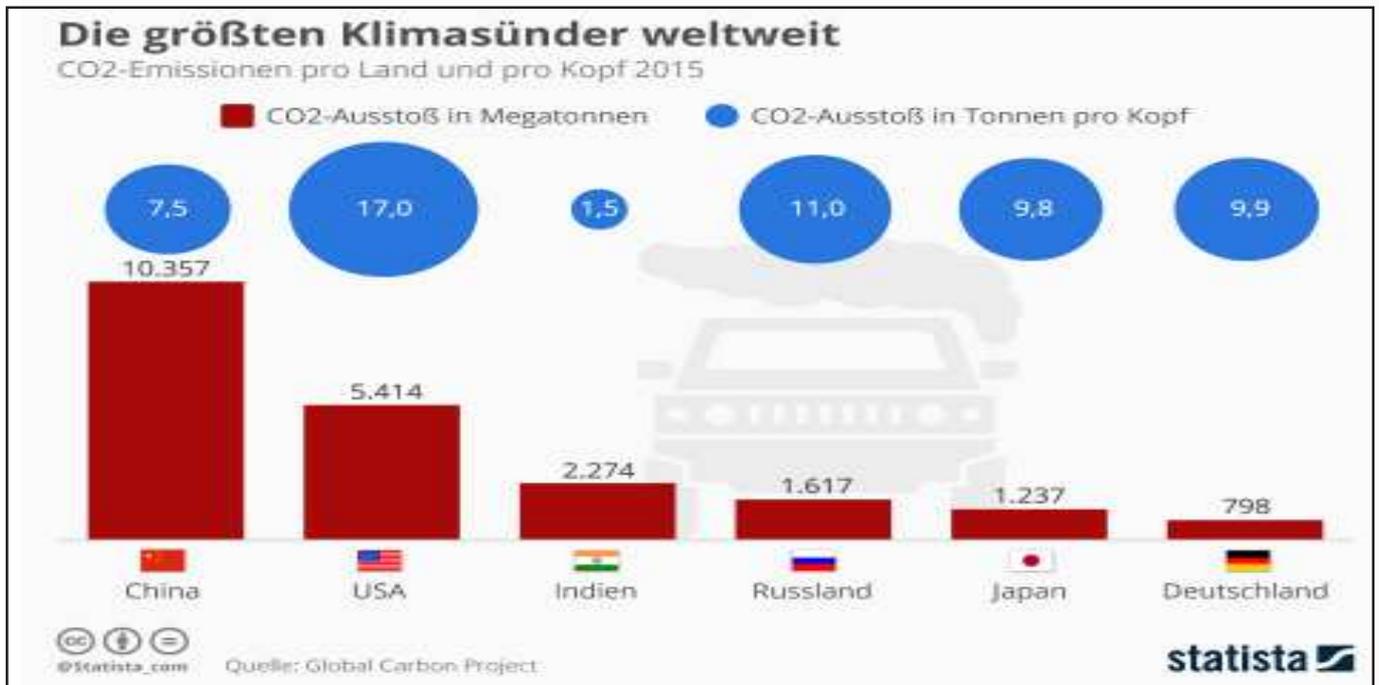
Vom Stadtparlament wurde mit großer Mehrheit 'Gießen2035' beschlossen – in 15 Jahren soll Gießen „klimaneutral“ sein. Ein hehres Ziel, dem aber die Konkretisierung fehlt, und die Weichen führen in die entgegengesetzte Richtung.

Nicht nur die Inbetriebnahme von Otto wird die Stadt mit zusätzlichen 4000 PKW- und 850 LKW-Fahrten belasten (plus Autos der Angestellten). Weitere Investitionen sind jetzt auf dem Gelände der ehemaligen Gießener Brauerei geplant. Bei beiden Projekten wird von 1500 bis 2000 Arbeitsplätzen gesprochen: Die "zwei bis drei Ankermieter aus dem Rhein-Main-Gebiet werden jeweils mehrere hundert Mitarbeiter mitbringen" (GAZ v. 16. 10.). Ist das gut für Gießen? Oder ist es doch mehr eine weitere Belastung mit noch mehr Verkehr und noch mehr Wohnungsknappheit? Bereits jetzt pendeln 35.050 Menschen nach Gießen ein. - Das Gewerbegebiet Lützellinden musste auf Druck der Bevölkerung auf Eis gelegt werden, ist aber noch nicht endgültig vom Tisch. Auch die Tiefgarage unter dem Brandplatz wurde nur zurückgestellt.

Das alles zeugt nicht von gutem Willen, sondern mehr von einem Versuch zur Ruhigstellung der Klimaaktivisten. Bis 2035 fließt viel Wasser die Lahn hinunter, aber 2020 sind OB- und 2021 Kommunal-Wahlen... und dann? Nach mir die Sintflut.

Für Frieden und Sozialismus!





Klimapaket: Es muss mehr erkämpft werden!

Die Bundesregierung hat trotz der großen Demonstrationen für mehr Klimaschutz ein sogenanntes Klimapaket beschlossen, das völlig unzureichend ist. Sie hat sich nicht mehr getraut, als ihr die Großkonzerne erlauben – keine gesetzlichen Regelungen, die den CO₂-Ausstoß begrenzen, sondern nur ein paar finanzielle Belastungen für CO₂-Erzeuger und ein paar Anreize für CO₂-Sparer. Die Industrie wird das zu nutzen wissen: Die Anreize werden mitgenommen, die Belastungen an die Kunden weitergeben wo immer möglich.

Die Profite könnten steigen, das profitgetriebene Wachstum mit immer größerem Ressourcenverbrauch kann weitergehen. Notwendig wären aber

ein Ende des Wachstums und der Umbau zu einer Produktion und Konsumtion mit weniger Energie- und Roh-



stoffverbrauch, mit weniger Verkehr und weniger Transporten. Mit Verzichtsideologie hat das nichts zu tun, die Lebensqualität muss nicht schlechter werden, wenn nicht immer mehr,

sondern immer bessere Waren hergestellt werden, wenn weniger Produkte hin und her gefahren, geflogen oder verschifft werden.

Auf Klimademonstrationen sieht man immer öfter die Forderung, das System zu ändern, wenn das Klima anders nicht zu retten ist. Das System ändert sich aber nicht durch Forderungen, sondern nur durch Kampf. Klimakampf ist Klassenkampf – das muss sich in den Köpfen festsetzen. Die Versprechungen von Politikern für 2035 oder

2050 sind nichts wert; dann kann keiner von ihnen mehr zur Rechenschaft gezogen werden. Heute und morgen muss mehr erkämpft werden als das lächerliche Klimapaket.

Gernot Linhart

Osthalle für Basketballer weiter kostenlos-obwohl kein "Aushängeschild" mehr

Die Gießener Basketballer haben einen neuen Sponsor, einen neuen Namen und nach wie vor eine ihnen kostenlos zur Verfügung stehende Halle. Obwohl sie als GmbH registriert sind, erhebt die Stadt unter fragwürdigen Begründungen – andere Kapitalgesellschaften werden wohl nicht so freundlich unterstützt – keinerlei Nutzungsgebühren.

Ein Argument für die finanzielle Unterstützung heißt: Der Gießener Basketball ist ein Aushängeschild unserer Stadt. Der gute Name MTV 1846, das war einmal, jetzt geht es nur noch um Kommerz und Gewinn.

Zurzeit dümpelt die GmbH eher am Tabellenende mit drittklassigen Spielern aus den USA bestückt, die sich jetzt nicht mehr 46ers („fortysixers“) sondern „Jobstairs Giessen“ nennen.

M.B.



Gemeinsam gegen die §§ 218 und 219a - gemeinsam gegen die Reklame der Ev. Allianz

Die Busse der Stadtwerke Gießen mit der irreführenden Werbung für Schwangerschaftsberatung der Evangelischen Allianz fahren immer noch durch Gießen. Zwar fordern auch die Gießener SPD sowie der DGB-Vorsitzende die schnellstmögliche Entfernung der Werbung – bisher offenbar folgenlos. Die Evangelikalen beharren auf ihrem Vertrag. Bleibt zu hoffen, dass die Stadtwerke als 100%ige Tochter der Stadt noch eindeutigere Richtlinien für die Vergabe der Werbeflächen erhält. Da schon jetzt rechtswidrige, politische und religiöse Werbung verboten ist, sollten die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden.

Und es bleibt festzuhalten, dass die Diskussion um diesen Eklat, die mit von der DKP angestoßen wurde, durch Veranstaltungen und Demonstrationen einiges zur Entlarvung dieser sogenannten Lebensschützer beigetra-



Demonstration am 28. September in Gießen

gen hat. Deren primäres Ziel ist nicht die Hilfe für ungewollt Schwangere, sondern die Verhinderung jeglichen Schwangerschaftsabbruchs – mit allen Mitteln der Stigmatisierung, der Lüge und der Drohung, als „Mörderin“ sündig zu werden. „Lebensschützer“ sehen Frauen als Gebärerinnen, über die das Familienoberhaupt zu bestimmen hat. Und wer sich dem widersetzt ist des Teufels. Ihr reaktionäres Weltbild stammt aus profaschisti-

schen Kreisen in Kroatien und der USA, wo Ärzte bereits getötet wurden, weil sie Abtreibungen vornehmen. Unterstützung finden sie in der BRD vor allem auch in der AfD, deren Spitzen am jährlichen „Marsch für das Leben“ teilnehmen, für das ungeborene, versteht sich – das geborene Leben kann im Krieg oder auf der Flucht krepieren.

Weg mit den Paragraphen 218 und 219a! - Pro Choice! E.B.



Vorsicht vor Wechsel von Grundsicherung zu Wohngeld

Ab 2020 soll das Wohngeld erhöht werden – erstmals nach vier Jahren. Deswegen werden jetzt Rentner, die Grundsicherung (GS) beziehen, aufgefordert, umgehend die Wohngeldstelle aufzusuchen, wobei suggeriert wird, dass der Wechsel von Grundsicherung zu Wohngeld so sein müsse, was jedoch nicht der Fall ist. Man soll die Wohngeldstelle umgehend aufsuchen und beiliegenden Antrag ausgefüllt abgeben. Dann erhalte man einen Bescheid, der dem "Sozial"-amt vorgelegt werden soll, um die Voraussetzungen zum Bezug der GS zu prüfen, Doch vor einem

Wechsel sei gewarnt, denn man verliert eine Vielzahl von Vergünstigungen, wie z.B. die GEZ-Befreiung und andere regionale Vergünstigungen, wie Gießenpass und Kulturloge. Ich glaube kaum, dass die Höhe des Wohngeldes den Verlust der Vergünstigungen ausgleicht, zumal bei günstiger Miete. Da jedoch das Wohngeld eine Leistung des Bundes ist und die GS eine der Kommune ist, kann man ahnen, welche Zielsetzung dieses Ansinnen haben soll: nämlich das Sparen der Kommune auf Kosten armer und gegebenenfalls behinderten Menschen. (Name ist der Red. bekannt)

/Fortsetzung von Seite 1)

SWG Abzockerei

überhöhten Preise beibehalten zu können. Als Grund für die jetzige Preiserhöhung werden bevorstehende Investitionen angegeben. In den vergangenen Jahren wurden Millionengewinne in die Rücklagen eingestellt. Die

Investitionen wurden auf Kosten der Kunden also längst angespart – und jetzt sollen sie nochmal zur Kasse gebeten werden. Hier liegt ein Missbrauch der Monopolstellung vor. Kommunale Betriebe sollten Dienstleistungen für die Bürger kostendeckend erbringen und nicht die Stadtkasse füllen. Hohe Preise und Gebühren

belasten Menschen mit geringem Einkommen am stärksten, sie tragen zur Umverteilung von unten nach oben bei. Öffentliche Ausgaben sollten durch Steuern finanziert werden, diese könnte man so gestalten, dass die mit den höchsten Einkommen und Vermögen die größere Last tragen.

Gernot Linhart

Solidarität mit den Kollegen von Mit.Bus

Am 27. September streikten in Hessen die Busfahrer. Auch die 140 Kolleginnen und Kollegen von Mit.Bus, einem Tochterunternehmen der Gießener Stadtwerke, waren dabei. Die DKP Gießen zeigte sich solidarisch (siehe Kasten). Bis Redaktionsschluss wurde jedoch kein Angebot vorgelegt. Die nächste Verhandlungsrunde findet am 24. Oktober statt; wenn die Unternehmer weiter mauern, werden weitere Warnstreiks notwendig sein - und weitere Solidarität.

*Liebe Kolleginnen und Kollegen,
die DKP Gießen steht in Eurem Arbeitskampf um höhere Löhne und mehr
Urlaubstage solidarisch an Eurer Seite.*

*Wir halten Eure Forderung nach einem Stundenlohn von 16,60 Euro für
mehr als berechtigt und angesichts Eurer verantwortungsvollen Tätigkeit
- der sicheren, zuverlässigen und pünktlichen Beförderung von Menschen
- für eher noch zu niedrig. Die DKP fordert einen europaweiten Mindestlohn
von 15 Euro, d.h. für jede Tätigkeit; da sind 16,60 Euro wahrlich nicht üppig.
Auch angesichts der Bedeutung des öffentlichen Personen-Nahverkehrs im
Bestreben nach einer klimagerechteren Zukunft sollte eine angemessene
Bezahlung des Fahrpersonals eine Selbstverständlichkeit sein.*

*Wenn die Hessischen Omnibusunternehmer Eure Forderung als „unrealistische
Maximalforderungen“ abqualifizieren wollen, dann müssen sie zu
Verhandlungen gezwungen werden. Die große Streikbereitschaft von Euch
in ganz Hessen ist die richtige Sprache.*

*Wir werden Euch nach unseren Kräften in der Tarifaueinandersetzung
unterstützen und auch bei weiteren Streiktagen in der Öffentlichkeit,
insbesondere bei den Fahrgästen, um Verständnis für Eure berechtigten
Forderungen werben.*

Mit solidarischen Grüßen - DKP Gießen

Bodo Ramelow, der Seitenwechsler

Das Oberlandesgericht in München urteilte jüngst, dass Bäckereien mit Café-Betrieb sonntags Brot und Brötchen verkaufen dürfen, solange das Café geöffnet ist. Für Bäckereien ist in Bayern lediglich eine Verkaufszeit von drei Stunden erlaubt. Die Gewerkschaft NGG protestierte: Der Sonntag sei „der einzig verbleibende Tag der Arbeitsruhe und hat herausragende Bedeutung für die Erholung und vor allem für die Möglichkeiten des familiären und sozialen Zusammenseins“. Sonntägliche Ladenöffnungszeiten sind Ländersache und die Regelungen für den Verkauf von Sonntagsbrötchen unterschiedlich. Spitzenreiter sind Berlin (regiert von SPD, Linke und Grüne) - hier dürfen Bäckereien 9 Stunden öffnen - und Thüringen. Seit Bodo Ramelow, Linkspartei, Ministerpräsident ist, darf sogar ganztägig verkauft werden.

Ramelow war von 1981 bis 1990 Gewerkschaftssekretär der HBV in Mittelhessen.

Damals kämpfte er gegen die Sonntagsöffnung beim Krämermarkt in Gießen und gegen den „Dienstleistungsabend“, mit dem das Ladenschlussgesetz (18.30 Uhr) scheinbarweise erst an Donnerstagen und dann ganz aufgehoben wurde. Oder hat er nur so getan? E.B.

Hongkong: Krawall-Demos schön geredet

Selbst den Dummsten müsste auffallen, wie unterschiedlich in fast allen Medien über Demonstrationen berichtet wird, je nachdem ob sie gegen Regierungen gerichtet sind, die unsere Regierung als Freund oder Gegner einstuft. Sehr deutlich wird das wieder bei den Berichten über Demonstrationen in Hongkong.

Auf Bildern sieht man Menschen mit Helmen, Masken, Knüppeln und Zwillen, im Text ist von friedlichen Protesten die Rede. Selbst wenn Regierungs- und Parlamentsgebäude, Bahnhöfe oder Flughäfen blockiert, besetzt und demoliert werden, wird das „vereinzelte Ausschreitungen“ genannt.

Hierzulande wäre jede dieser Veranstaltungen von vornherein eingekesselt und aufgelöst worden; die Teilnehmer müssten mit Prügel, Pfefferspray, Wasserwerfern, Tränengas, Anzeigen und Strafverfahren mit Freiheitsstrafen rechnen.

Dass Hongkong seit dem Ende der kolonialen Besetzung durch Großbritannien zur Volksrepublik China ge-

hört, ist völkerrechtlich unumstritten, trotzdem wird die Forderung der Demonstranten, die Regierung in Peking dürfe keinen Einfluss auf die Stadt haben, als berechtigt dargestellt.

In Spanien wurden gerade Politiker wegen separatistischer Aktionen zu langjährigen Freiheitsstrafen verurteilt, in der EU gelten sie nicht mal als politische Gefangene – die Separatisten in Hongkong aber werden als Freiheitshelden gefeiert.

Die Ursache der derzeitigen Demonstrationen wurden am Anfang der Aktionen mal benannt, danach nie wieder: Das Parlament wollte ein Auslieferungsgesetz verabschieden.

Da es in Hongkong keine Regelung zur Strafverfolgung oder Auslieferung von Personen aus Taiwan, Macao und der Volksrepublik gibt, bleiben dort Gesuchte oder Verurteilte unbehelligt, wenn sie sich nach Hongkong absetzen können. Deswegen gibt es in der Stadt Täter von Wirtschaftskriminellen bis zu Mördern aus diesen Gebieten, die sich bis jetzt völlig sicher fühlen können. Gernot Linhart

Wieseckau

Über Weigel-Greichlich's ausweichende Antworten zur Wieseckau berichten im nächsten Echo.



Wer Terrorist ist, bestimmen wir, sagen die Herrschenden - auch in Gießen

Im September fand in Gießen vor dem Landgericht ein Prozess statt wegen Verstoßes gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz, das Sprengstoffgesetz und das Waffengesetz.

Er fand in der Presse gebührende Aufmerksamkeit in 3- und 4-spaltigen Artikeln.

Auffällig war jedoch die penible Vermeidung des Wortes „Terrorismus“, das sich angesichts von 1000 Patronen und Sprengkörpern, die im April 2017 beim Angeklagten

Mathias F.

in Friedberg gefunden worden waren, normalerweise geradezu aufdrängt.

Bei der Bundeswehr hatte er eine antisemitische Masterarbeit vorgelegt, na und?

Auch dass er im Netz üble rassistische und antisemitische Parolen von sich gegeben hatte und „Mein Kampf“ in seinem Regal stand, konnten partout nicht als Indizien für einen möglichen Anschlag gesehen werden.

Und so lautete das Urteil: ein Jahr Haft – zur Bewährung ausgesetzt. Er habe die Waffen nur für seinen „Jugendfreund“

Franco A.

aufbewahrt. Der war im April 2017

festgenommen worden, nachdem man in Wien eine illegal beschaffte Pistole bei ihm gefunden hatte; aber er befindet sich auf freiem Fuß und schaute sogar während des Prozesses in Gießen mal vorbei.

In diesen Plan war ein weiterer Bundeswehrosoldat,

Maximilian T.,

eingeweiht; der entschuldigte Franco A. bei der Bundeswehr unter einem Vorwand, als dieser wegen seines „Asylverfahrens“ einen Termin wahrnehmen musste.

Auch gegen ihn wurde kein Verfahren eröffnet; er arbeitet jetzt für Jan Nolte, AfD-MdB.

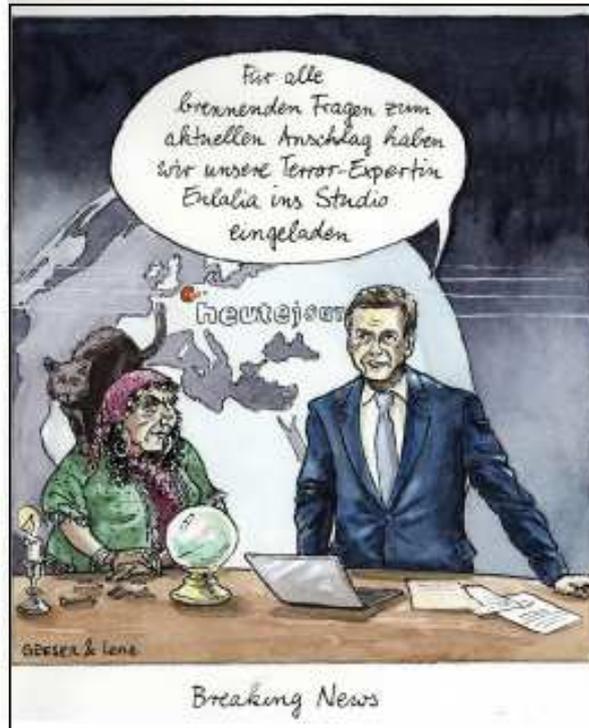
Ein geplanter Mord?

Ob nun endlich nach mehr als zwei Jahren ein Prozess gegen Franco A. stattfindet, wird sich - laut Hessenschau - in den nächsten Tagen entscheiden, obwohl die Delikte längst ausreichen. Aber es kommt ein weiterer Fakt hinzu:

Nun wurden Aufzeichnungen von ihm gefunden, aus denen hervorgeht, dass er detailliert einen kaltblütigen Mord in Berlin plante an der Vorsitzenden der Amadeu Antonio Stiftung, die sich gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus engagiert.

Wo offensichtlich gemeinschaftlich geplanter Terrorismus derart vertuscht, heruntergespielt und rein-gewaschen wird, ist die Grenze zwischen Tätern und Behörden fließend.

Erika Beltz



Als Bundeswehrosoldat hatte er sich eine zweite Identität als syrischer Flüchtling zugelegt, um dann – als Asylbewerber - einen Anschlag zu begehen, um Hass gegen Flüchtlinge zu generieren.

Friedensnobelpreis für den Präsidenten von Äthiopien

Am 13. Juli dieses Jahres hatte ich während des Eritrea-Festivals in einem Grußwort den Vorschlag gemacht, den Präsidenten von „Äthiopien und Eritrea“ den Friedensnobelpreis zu überreichen. Zu dieser alljährlich in Gießen stattfindenden bundesweiten Veranstaltung erschien dieser Vorschlag für die Öffentlichkeit angemessen.

Die Presse - von taz bis zu den Gießener Tageszeitungen - zog in erster Linie mit Kritik und Hetze über Eritrea her. Von dem Grünen Hetzblatt taz, deren Reporterin ich noch in den richtigen Vortragsraum geführt hatte, war nichts anderes zu erwarten. Die Gie-

ßener Tageszeitungen standen dem nicht wesentlich nach.

Mein Vorschlag hat also den Weg nach Schweden zum Nobelpreiskomitee nur halb gefunden. Eine gleichzeitige Ehrung – wie bei Jassir Arafat, Schimon Peres, Jitzchak Rabin 1994 – hätte sich angeboten, zumal es Äthiopien war, das die Grenzen nicht anerkannt und den Krieg führte.

Dennoch herzlichen Glückwunsch an den Preisträger Abiy Ahmed, der die Fehde beendete, und an den eritreischen Präsidenten Isayas Afewerki, der nun in Frieden den Aufbau des Landes voranbringen kann.

Michael Beltz



Rechter Terror und kein Ende!

Am 23.09.2019 veröffentlichte der thüringische Landtag seinen Abschlussbericht zum NSU-Komplex.

Seit dem Mordfall Walter Lübcke (2. Juni 2019) waren gerade mal knapp vier Monate vergangen. Selbst den Sicherheitsbehörden war aufgefallen, dass der Mörder Stephan Ernst wahrscheinlich Kontakte zu neofaschistischen Gruppen hatte. Auch in diesem Bericht überwiegt Unverständnis bei den parlamentarischen Ermittlern.

Die zentrale Frage war: Wie war es möglich, dass der NSU so lange unentdeckt morden konnte?

Der Ausschuss tagte in insgesamt 68 Sitzungen, hörte 123 Zeugen und Sachverständige, sichtete 11.681 Aktenseiten. Der ganze Aufwand führte zu bahnbrechenden Erkenntnissen und Empfehlungen: Es gab viele Pannen und Versäumnisse bei den Thüringer Sicherheitsbehörden, sieben V-Mann-Akten wurden

mit dem Verweis auf Löschfristen vernichtet. Die Empfehlungen sind: bessere Fehlerkultur bei der Polizei und Sicherheitsbehörden, Kommunikationsprobleme bei den Behörden beheben.

Den Parlamentariern erscheint die Sache unheimlich. Der Thüringer Minis-



terpräsident Bodo Ramelow bringt dieses Unbehagen auf den Punkt: „Es bleibt der Eindruck, dass alles, was wir über das rechte Netzwerk wissen, nur der Spitze eines Eisberges äh-

nelt“. Das Eingeständnis der Existenz faschistischer Netzwerke in Polizei, Militär und Geheimdiensten würde an den Grundfesten des bürgerlichen Staates rütteln, würde aber die Erklärungsprobleme des Berichts beheben. Netzwerke existieren aber nie im luftleeren Raum. Diese setzen politische Interessen voraus, welche diese Netzwerke möglich machen und sie decken. Der ehemalige Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Hans-Georg Maaßen, ist ein Beispiel dafür. Steht er doch für die politischen Verflechtungen zwischen Teilen der CDU und dem reaktionären Konservatismus bis hin zum faschistischen Spektrum. Der rechte Terror wird weiter zunehmen und deren Strukturen werden sich ausweiten und festigen. Denn mit der zunehmenden

Krise des Kapitalismus steigt das politische Interesse an ihm und es fehlt eine starke linksradikale gesellschaftliche Alternative.

Henning Mächerle

Warum das Gedenken an die Reichspogromnacht so wichtig ist!

Als 1978 in Gießen zum ersten Mal die Demonstration zum Gedenken an die Reichspogromnacht am 9./10.11.1938 stattfand, waren sich die Veranstalter über eins klar: **Nichts ist vergeben und nichts ist vergessen!**

**Redaktionsschluss für
Dezember-Echo: Mi., 20. Nov.**

Gießener Echo

Hrsg: DKP Kreisvorstand Gießen; verantw.: Erika Beltz, erscheint monatlich. Bezugsgebühren: 30 € im Jahr (inkl. Versandkosten). Konto (Sparkasse), IBAN: DE75 5135 0025 0000 1930 70, BIC SKGIDE5F. Druck: Gründruck Bestellungen, Leserbriefe, Anfragen an: Gießener Echo, Postfach 110226, 35347 Gießen, E-Mail: dkp@dkp-giessen.de. Im Internet: www.dkp-giessen.de

Wenn Sie an weiteren Informationen interessiert sind, bitte einsenden.

Ich möchte:

- das Gießener Echo abonnieren
- das GE online abonnieren
- Infos bekommen
- Einladung zu Veranstaltungen

Der Faschismus war kein Nationalsozialismus!

Er entsprang nicht eines spezifisch deutschen Bewusstseins, sondern war Ausdruck einer Krise des Kapitalismus!

Im Zuge der Weltwirtschaftskrise 1929 schien ein Sieg der KPD auf der Tagesordnung zu stehen. Spätestens jetzt war für das deutsche Kapital die Unterstützung der NSDAP die scheinbar einzige Möglichkeit. Die Folgen sind uns allen bekannt.

Eine solche Situation kann immer wieder entstehen, dessen waren sich die Veranstalter 1978 sicher.

Es ging bei der Demonstration zum 9.11. nie nur um Gedenken, sondern immer auch um die Kritik der aktuellen kapitalistischen Verhältnisse. An dieser Praxis entspannen sich immer wieder Konflikte in dem Bündnis der Veranstalter. Den

bürgerlichen Kräften war es naturgemäß ein Graus, ständig daran erinnert zu werden, dass es ohne Kapitalismus keinen Faschismus gibt.

Der antifaschistische Kampf ist heute notwendiger als je zuvor!



Mahngang in Gießen am 9. 11. 1986, am Mikro: Bürgermeister Lothar Schüler, SPD

Anschläge auf Flüchtlinge und aktuell der Anschlag auf die Synagoge in Halle. Deshalb kommt alle zum Mahngang und zur Demonstration zum Gedenken an die Reichspogromnacht am 09./10. November 1938 (s. Seite 8).

Nie wieder Krieg! Nie wieder Faschismus!

Henning Mächerle

In den Herzen lebt die DDR weiter

Am 7. Oktober 1949 wurde die Deutsche Demokratische Republik gegründet. Dabei waren die wirtschaftlichen Ausgangsbedingungen sehr schwierig. Viele Fabriken und Teile der Infrastruktur waren durch den 2. Weltkrieg zerstört oder wurden als Reparationszahlungen in die Sowjetunion transportiert.

Es gab praktisch keine Grundstoffindustrie, nur Braunkohle und Kalisalze standen als nutzbare Rohstoffe zur Verfügung.

Trotzdem ist es den Werktätigen gelungen, einen Staat aufzubauen, der ein Garant für den Frieden in Europa war, in dem die Menschen frei von Ausbeutung und Existenzängsten leben konnten.

Das Recht auf Wohnen konnte durch ein umfangreiches Wohnungsbauprogramm verwirklicht werden. Auch

meine Familie war froh, als wir mit fünf Personen aus unserer alten 2,5-Zimmer-Wohnung in eine große, moderne Neubauwohnung umziehen konnten. Für die Miete zahlten wir 1 Mark pro m², der Staat gab 2 Mark dazu. Das einheitliche Bildungssystem war international anerkannt, die soziale Herkunft spielte keine Rolle.

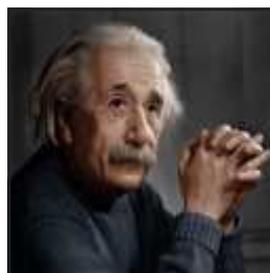
Von meinem Stipendium, das übrigens alle Studierenden erhielten, bezahlte ich 10 Mark für das Wohnheimzimmer. Für meine Mutter war es selbstverständlich, dass sie berufstätig war. 55 Pfennig kostete das Mittagessen in der Schulspeisung, aber an ihrem monatlichen bezahlten Haushaltstag aßen wir auch gerne zu Hause.

Alle Waren und Dienstleistungen des Grundbedarfs wurden subventioniert. Das staatliche Gesundheitswesen garantierte eine komplexe medizini-

sche Betreuung der Bevölkerung. Zahlungen für Arzneimittel oder andere Leistungen gab es nicht. Alle Bürger hatten das Recht und durch subventionierte Eintrittspreise auch die Möglichkeit, am kulturellen Leben teilzunehmen. Für 10 Pfennig fuhren wir am Wochenende mit dem Bus ins Kino, um uns für 25 Pfennig die Kindervorstellung anzusehen.

Dies alles war nur möglich, weil die private Aneignung von Gewinnen nahezu ausgeschlossen war. Der neu geschaffene Wert stand vollständig für die Entwicklung der volkseigenen Betriebe und für die Entfaltung der sozialistischen Sozialpolitik zur Verfügung.

Die DDR, die weltweit von 123 Regierungen als souveräner Staat anerkannt war, lebt in unseren Herzen weiter. Rainer Grabowski



„Was für eine Welt könnten wir bauen, wenn wir die Kräfte, die ein Krieg entfesselt, für den Aufbau einsetzen. Ein Zehntel der Energien, ein Bruchteil des Geldes wäre hinreichend, um den Menschen aller Länder zu einem menschenwürdigen Leben zu verhelfen und die Katastrophe der Arbeitslosigkeit zu verhindern.“
Albert Einstein

Leserbrief: Am Kapitalismus gescheitert

Eine der größten und immer wieder nachgekauten Lügen ist ja, dass die DDR angeblich am Sozialismus oder Kommunismus gescheitert wäre, weil der nicht funktioniere und den Menschen nichts bringe außer Unterwerfung und Tyrannei. - In Wahrheit ist die DDR aber durch kapitalistische Verschwörer, Propagandisten, Heilsversprechern und die eigene "fünfte Kolonne" im Inneren, den Wendehälsen, Revisionisten, Opportunisten und sonstigen Gesinnungslumpen, zu Grabe getragen worden.

Es war nicht zu viel Sozialismus oder Kommunismus, was die objektiven sozialen Errungenschaften der DDR eliminierte. Ganz im Gegenteil, es waren kapitalistische Elemente aus der BRD, Hand in Hand mit reaktionären Elementen aus der DDR, die 1989, 40 Jahre nach der Gründung des einzigen deutschen Arbeiterstaates, mit dem einzigen deutschen Arbeiterpräsidenten, Wilhelm Pieck, die DDR unterwanderten, die Annektierung durch die BRD organisierten und durch die famose Veruntreuungshandanstalt,

euphemistisch „Treuhand“ genannt, das gesamte DDR-Volkseigentum Spekulanten, Steuerbetrügnern und Ausbeutern in den Rachen warfen.

40 Jahre sozialistische Geschichte, die das vielleicht friedlichste und sozialste Deutschland, das es je gegeben hat, erschuf, wurde durch eine gewaltige Medienkampagne diffamiert, stigmatisiert und an den wenigstbietenden „Großinvestoren“ verschachert. Nicht Sozialismus, sondern Kapitalismus hat die DDR zerstört und damit Millionen von Menschen ihrer sozialen Errungenschaften beraubt! Die „fünfte Kolonne“ ist dieselbe, die den Bauernaufstand um Thomas Müntzer verriet, die Räterepublik, die Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg erschlug und dann 1989 die DDR „abwickelte“. Es sind die Luthers, Eberts, Noskes, Gaucks und Merkels, die immer wieder den Fortschritt der Menschheit verhindern wollen und daher sich vielleicht einen sehr netten Platz auf dem Müllhaufen der menschlichen Geschichte reserviert haben!
Claudio Coladangelo

Die Mega-Lüge



Heutige Verschuldung der BRD: 1917 Mrd. EURO = 3.749 Mrd. DM geteilt durch 83 Mio. Einwohner = 45.172 DM pro Kopf
Heute sind wir also etwa 9mal so hoch verschuldet wie im Jahre 1990 die DDR. Bricht unser System auch zusammen? Was kommt danach? Und wer konnte besser wirtschaften? L.A.

Mahngang und Demonstration zum Gedenken an die Reichspogromnacht, 9. November 1938

Beginn: 18 Uhr am Berliner Platz 1, anschließend Kranzniederlegung an der Kongresshalle.

Danach Diskussionsveranstaltung

in der Anschlussverwendung, Grünberger Str. 22

"Warum Faschismus kein Nationalsozialismus ist"

Veranstalter: ARAG, VVN/BdA Gießen, DKP Gießen, SDAJ Gießen.

Zum Krieg der Türkei gegen Syrien Anmaßung eines Weltgendarmen

Die Anordnung zum Rückzug der USA-Truppen aus dem von kurdischen Truppen dominierten Gebiet im Norden Syriens war ganz offensichtlich vor allem dem Umstand zu verdanken, dass er (Trump) im Wahlkampf um eine erneute Präsidentschaft keine Zinksärge mit toten Soldaten aus Syrien präsentieren möchte... In einer Wahlkampfreda lobte er sich dafür, dass er »das Problem« in Nordsyrien gelöst habe, »ohne daß ein Tropfen amerikanisches Blut vergossen wurde«. Dass seit dem Angriff der Türkei jede Menge syri-

gibt, überhaupt über Krieg und Frieden in einem anderen Land zu entscheiden.

Die Vereinbarung, wie sie Erdogan auslegt, ist nichts anderes als eine Aufforderung an die Kurden in Syrien, die Waffen zu strecken und gefälligst dem türkischen Despoten ein gehöriges Stück syrischen (!) Territoriums zum Geschenk zu machen. Vor allem aber ignorieren Erdogan, Trump und Konsorten wieder einmal die Tatsache, dass auf dem Gebiet des syrischen Staates allein Syrien das Sagen hat. Abgesehen davon, dass bereits die Anwe-



Kundgebung und Demonstration am 19.10. in Gießen

ches, kurdisches und auch türkisches Blut vergossen wurde, ficht ihn nicht an. Zuvor hatte er seinen Vize Mike Pence und seinen Außenminister Mike Pompeo wie Hilfssheriffs nach Ankara geschickt, um dort dem türkischen Machthaber ausrichten zu lassen, dass er einen Waffenstillstand in Nordsyrien wünsche... In Europa konnte dann verkündet werden, dass die USA und die Türkei eine 120-stündige Waffenruhe vereinbart hätten. Was ist eigentlich eine Waffenruhe wert, die mit nur einem der Beteiligten ausgehandelt wird, noch dazu einem völlig unberechenbaren Herrscher wie Erdogan? Allein die Tatsache, dass Ankara und Washington die Details der Vereinbarung unterschiedlich interpretieren, spricht Bände. Vor allem aber erhebt sich die Frage, wer diesen Leuten das Recht

senheit von Truppen der USA, Frankreichs und anderer Mitglieder und Freunde der NATO eine Verletzung des Völkerrechts darstellt, so haben diese Leute schon gar kein Recht, über syrisches Staatsgebiet zu verhandeln oder gar zu entscheiden. Und auch nicht, ob kurdische Milizen sich irgendwohin zurückziehen sollen.

Eine wirkliche Lösung kann es nur geben, wenn sich alle ausländischen Militäreinheiten, die sich ohne Einladung der syrischen Regierung – also völkerrechtswidrig – in Syrien aufhalten und dort agieren, bedingungslos aus Syrien zurückziehen und allein dem syrischen Volk die Entscheidung über seine Zukunft überlassen.

Uli Brockmeyer
(leicht gekürzt aus: Zeitung vom Lëtzeburger Vollek, Luxemburg)

Liebe Leser und Leserinnen,

die Post hat ihre Gebühren drastisch erhöht; der Versand des Gießener Echos kostet jetzt 1.55 Euro

(als Büchersendung wie bisher wäre es noch teurer).

Wir bitten daher dringend um Spenden und wer sein Abo für dieses Jahr noch nicht bezahlt hat, bitte baldmöglichst nachholen.

Sparkasse Gießen, IBAN:

DE 75 5135 0025 0000 1930 70

Es grüßt mit herzlichem Dank die Echo-Redaktion.

Wir bedanken uns sehr herzlich für alle Spenden!



blog.unsere-zeit.de
www.dkp-hessen.de
www.dkp-giessen.de
DKP-Gießen auch bei facebook

3 WOCHEN GRATIS! **junge Welt**
www.jungewelt.de/testabo
Abotelefon: 030 53 63 55 50
Sie lügen wie gedruckt.
Wir drucken, wie sie lügen.



6 Wochen kostenlos testen

www.unsere-zeit.de
Hoffnungstr. 18, 45127 Essen
info@unsere-zeit.de

Jeden Montag, von 18 bis 19 Uhr bei den 3 Schwätzern im Seltersweg/Ecke Plockstr:

Protest gegen Hartz IV